FREITAG, 5. DEZEMBER 2008 NR. 49 50. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Bundesrat schürt Ängste!

Der Bundesrat hat am Dienstag an seiner Pressekonferenz zur Personenfreizügigkeit Ängste vor einer Ablehnung geschürt und es dabei mit der Wahrheit nicht sehr genau genommen. Die SVP rät dem Schweizer Volk, sich nicht von der Angstmacherei der Landesregierung beeindrucken zu lassen und die Vor- und Nachteile der Abstimmungsvorlage genau abzuwägen.

ZB. Der Bundesrat setzt das Schweizer Volk unter Druck. Für den Fall, dass es wagen sollte, am 8. Februar die Vorlage zur Personenfreizügigkeit abzulehnen, wird der Teufel an die Wand gemalt. Wie schon 1992, als für den Fall der Ablehnung des EWR die schwärzesten Szenarien entworfen wurden, will man auch jetzt wieder dem Volk vormachen, ein Nein hätte schreckliche Konsequenzen. Die SVP bedauert und verurteilt dieses unstaatsmännische Auftreten unserer Landesregierung in aller Form. Besonders bedauerlich ist, dass der Bundesrat dabei nicht zurückschreckt, Un- und Halbwahrheiten zu verbreiten.

Massive Un- und Halbwahrheiten

Erstens behauptet der Bundesrat, nach einer Ablehnung der Vorlage vom 8. Februar würde die Zeit bis zum 31. Mai, nicht mehr für eine neue, referendumsfähige Vorlage reichen. Nach einem Volks-Nein müsse der Bundesrat den Vertrag künden, worauf wegen der Guillotine-Klausel alle Bilateralen I wegfielen. Dies ist falsch und ein Ammenmärchen. Nach einer Ablehnung muss der Bundesrat lediglich die zwei Fragen als getrennte Vorlagen verabschieden und dem Parlament vorlegen. Nur so kann der klare, sauber interpretierbare Volkswille ermittelt werden.

Zweitens behauptet der Bundesrat, mit der Personenfreizügigkeit könne nicht jeder EU-Bürger in die Schweiz kommen. Dies ist falsch. Jeder EU-Bürger kann sich als Selbständigerwerbender bezeichnen und hat so das Recht, in die Schweiz zu kommen, hier zu leben, zu arbeiten und Sozialleistungen zu beanspruchen. Auch als Arbeitssuchende können alle EU-Bürger für sechs Monate in die Schweiz kommen.

Drittens behauptet der Bundesrat, wir hätten bereits mehr als sechs Jahre Erfahrung mit der Öffnung der Arbeitsmärkte. Dies ist falsch. Offen sind die Arbeitsmärkte erst für die 15 alten EU-Länder und erst seit Mitte 2007. Vorher bestanden noch Kontingente, welche die Einwanderung zahlenmässig beschränkten. Ausserdem erfolgte diese bescheidene Erfahrung während einer Hochkonjunktur.

Viertens behauptet der Bundesrat, das grassierende Roma-Problem in Italien habe nichts mit der Personenfreizügigkeit zu tun. Will uns der Bundesrat für blöd verkaufen? Selbstverständlich ist Masseneinwanderung eine der möglichen Folgen der Personenfreizügigkeit.

Fünftens behauptet der Bundesrat, die Personenfreizügigkeit sei deshalb notwendig, weil die Firmen in der Schweiz ihren Bedarf an Fachkräften nicht allein im Inland abdecken könnten. Das ist falsch. Der Schweizer Arbeitsmarkt war für ausländische Arbeitnehmer immer schon sehr attraktiv und beliebt. Die Schweiz kann die Ausländergesetzgebung jederzeit entsprechend ausgestalten.

Sechstens behauptet der Bundesrat, EU-Arbeitnehmer hätten nur dann Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, wenn sie die Mindestbeitragszeit von einem Jahr erfüllt hätten. Dies ist nur die halbe Wahrheit. Denn diese Mindestbeitragszeit kann in Zukunft in irgendeinem EU-Land erreicht werden. Wenn dies der Fall ist, hat man in der Schweiz schon ab dem ersten Tag der Erwerbstätigkeit Anspruch auf Sozialleistungen.

Siebtens ist der Bundesrat der Meinung, auch die Schweiz würde eine Diskriminierung einzelner Kantone nicht hinnehmen. Dieser Vergleich hinkt gewaltig. Die bilateralen Verträge haben wir mit der EU abgeschlossen. Wenn die EU neue Länder als Mitglieder aufnimmt, ist das ihre Sache. Das Territorium der Schweiz ist dagegen unverändert. Wir haben unser Gebiet seit Entstehung der EU nie durch Aufnahme neuer Kantone vergrössert.

Sinkende Löhne und steigende Arbeitslosigkeit

Immerhin kommt selbst der Bundesrat nicht darum herum, verschiedene Nachteile der Personenfreizügigkeit einzuräumen. So muss er zugeben, dass die Zuwanderung aus den EU-Staaten infolge der Personenfreizügigkeit stark zugenommen habe. Weiter kommt er nicht darum herum festzustellen, dass die Sockelarbeitslosigkeit gestiegen und die Arbeitslosigkeit trotz Hochkonjunktur nicht mehr das tiefe Niveau der Jahre 2000 und 2001 (vor Einführung der Personenfreizügigkeit) erreicht habe. Der Bundesrat bringt den zögerlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit mit der stärkeren Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt infolge der Personenfreizügigkeit in Verbindung. Weiter räumt der Bundesrat ein, dass der Wettbewerbsdruck für den Einzelnen zunehmen könne, sprich, dass man mit sinkenden Löhnen und mehr Arbeitslosigkeit rechnen müsse.

Einseitige Propaganda entkräften

Alles in allem kommt die SVP nicht darum herum festzustellen, dass der Bundesrat mit unlauteren Methoden in diesen Abstimmungskampf einsteigt und völlig einseitig informiert. Die SVP wird alles daran setzen, diese einseitige Propaganda zu entkräften und dem Schweizer Volk die wirklichen Konsequenzen der Personenfreizügigkeit aufzuzeigen. So können die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in Kenntnis der Vor- und Nachteile der Vorlage einen reifen Entscheid fällen.

UNSER FLUGHAFEN – DAS TOR ZUR WEITEN WELT

Freisinnige Wankelmütigkeit

Gerade der Freisinn streicht stets die europäische Bedeutung des Zürcher Flughafens hervor. Bei der Behandlung der neusten Flughafen-Vorlagen verhält er sich aber wirtschaftsfeindlich.

vs. Am Dienstag erreichte die Medien eine Mitteilung der kantonsrätlichen Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU). Darin teilt sie mit, dass die Kommission ihre Beratungen zu den Flughafen-Vorlagen abgeschlossen habe, die voraussichtlich im Februar im Zürcher Kantonsrat behandelt werden.

Die Behördeninitiative I (4504) verlangt, die Flugbewegungen seien auf 320 000 pro Jahr zu beschränken und es sei eine Nachtruhe von mindestens acht Stunden einzuhalten. Diese Behördeninitiative widerspricht explizit dem Volkswillen, wonach auf einen Bewegungsplafond und auf eine Verschärfung der Nachtflugsperre zugunsten der Einführung des ZFI + zu verzichten sei. Eine achtstündige Nachtsperrzeit würde die Aufrechterhaltung des Hub Zürich in höchstem Masse gefährden und der Swiss grossen wirtschaftlichen Schaden zufügen. Dies hat eine Mehrheit der Kommission erkannt und die Vorlage zur Ablehnung empfohlen. Ebenfalls zur Ablehnung empfiehlt die KEVU einstimmig die Volksinitiative für eine «faire und ausgewogene Verteilung der Flugbewegungen» (4459), da eine gerechtere Verteilung der Lasten mittels alternierender An- und Abflugrichtungen mit gleich bleibendem Pistensystem aufgrund topographischer und meteorologischer Gegebenheiten gar nicht möglich ist.

Wachstumsfeindliche Behördeninitiative

So weit, so gut für den Wirtschaftsstandort Zürich. Wenn da nur nicht noch eine dritte Vorlage – respektive die Wankelmütigkeit des Freisinns – wäre: die Behördeninitiative II (4548). Diese will die Verlängerung bestehender Pisten sowie den Bau neuer Pisten verunmöglichen. Leider empfiehlt eine Mehrheit der KEVU – entgegen dem Antrag der Regierung – dem Kantonsrat, diese Initiative anzunehmen. Dies, obwohl, die Behördeninitiative überflüssig ist, denn gemäss Flughafengesetz müssen nämlich lärmrelevante Pistenverlängerungen bzw. -neubauten ohnehin in Form von referendumsfähigen Vorlagen vorbereitet werden. Untersuchungen haben zudem gezeigt, dass Pistenverlängerungen die Anzahl der übermässig mit Fluglärm belasteten Menschen reduzieren könnten, während bestimmte Betriebsregimes auf dem heute bestehenden Pistensystem diese Zahl erhöhen könnten. Die Verunmöglichung jeglicher Flexibilisierung auf Gesetzesstufe erscheint daher wenig sinnvoll.

Freisinnige Lippenbekenntnisse

Wie kam diese bedauerliche Kommissionsmehrheit zu Stande? Die KEVU besteht bekanntlich aus 15 Mitgliedern, deren 5 der SVP und deren 3 der FDP angehören. Eine bürgerliche Mehrheit hätte also erreicht werden können. Dass die Freisinnigen immer öfter nicht bürgerlich stimmen, ist ja leider längst zur allgemein anerkannten Tatsache geworden. In diesem Falle ist die freisinnige Wankelmütigkeit allerdings besonders prekär, weil der FDP-Kantonalparteipräsident und der FDP-Fraktionschef zur gleichen Zeit in einer anderen Runde nicht müde wurden, die Wichtigkeit des Flughafens als Arbeitgeber und Motor für die Schweizer Wirtschaft zu betonen. Ja, der Zürcher Freisinn steht wahrlich zu seiner wirtschaftsfreundlichen Haltung – allerdings nur solange, bis Taten gefordert sind! In Anbetracht des wachstumsfeindlichen Kommissionsentscheides erweisen sich die freisinnigen Bekenntnisse («Tausende von Arbeitsplätzen sind direkt oder indirekt vom Flughafen abhängig», «Der Flughafen muss sich weiterhin im europäischen Standortwettbewerb behaupten können», «Die FDP will die Funktion des Flughafens als erstrangiger Standortfaktor für die ganze Schweiz erhalten») als das was sie sind: freisinnige Worthülsen.

PORTAS®
Europas Renovierer Nr. 1
PORTAS Küchen-Renovierung
Renovierung in nur einem Tag!
Sie sparen bares Geld!
Für alle Küchen geeignet!
Neue Fronten nach Mass!

PORTAS-AG Pilotbetrieb • Im Ebnet • 8370 Sirnach
Tel. 071-9693636
www.portas.ch • info@portas-sirnach.ch

Restaurant Flair
Gutbürgerliche Küche zu fairen Preisen
Fam. Elsa und Werner Wiederkehr-Nydegger
• Täglich 4 Menus
• Hervorragende Weine
• Aktuell: Salatbuffet Take away
Öffnungszeiten:
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr
Sa 09.30–24.00 Uhr
So 10.00–18.00 Uhr
Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon
(Tramhaltestelle Berninaplatz)
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Ihr Immobilien Makler + Verwalter
Wir vermitteln seit Jahren erfolgreich:
Einfamilienhäuser
Eigentumswohnungen
Bauland
Gerne übernehmen wir auch Ihre
Verwaltung
Rufen Sie uns an wir erteilen gerne weitere Auskünfte:
Uster 044 997 24 70
Buchs 079 403 62 70
Dietikon 044 744 25 50
Wettingen 056 426 02 64
Wohlen 056 470 13 54
Aarau 062 726 01 40
BENTO IMMOBILIEN AG
Immobilien & Verwaltungen
Projektentwicklungen
www.bento.ch

rahmenatelier
kanzlei
Einrahmungen von Bildern und Spiegeln
www.rahmenatelier-kanzlei.ch
Digitaldruck im Grossformat auf Leinwand oder Papier
www.artatprint.ch
Wechselrahmen in grosser Auswahl
www.wechselrahmenshop.ch
Künstlerbedarf über das Internet
www.kunstmalershop.ch
Bespannte und unbespannte Keilrahmen
www.keilrahmen.ch
kunstmalerbedarf und rahmenatelier kanzlei
Kanzleistrasse 111
8004 Zürich
Tel. 044 241 24 11

Zeichen und Wunder

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Es brennt das erste Kerzlein im Advent. Wann auch immer Zeichen und Wunder geschehen mögen, jetzt wäre die Zeit dazu. Und siehe da, es titelt der «Tages-Anzeiger» (26.11.2008): «Dealer endlich ausschaffen.» Und kommentiert: «Ausländische Drogenhändler im Zürcher Langstrassenquartier führen den Rechtsstaat regelrecht an der Nase herum.» Die observierten Männer verkauften in ein paar Monaten zwei Kilogramm Kokain im Wert von 160 000 Franken. «Die monatelange Überwachung von drei ‹Kügelidealern› zeigt jetzt deutlich: Kleinvieh macht auch Mist.» Ausländische Drogenhändler? Rechtsstaat? Kleinvieh? Wie geht die kleine Adventsgeschichte weiter?

Nun kommt der «Tages-Anzeiger» so richtig in Fahrt: Der Aufwand, den Polizei und Staatsanwaltschaft betreiben müssten, um diese Machenschaften aufzudecken, sei absurd hoch. «Die Chance, dass diese notorischen ausländischen Kriminellen ausgeschafft werden können, ist gering.» Das Strafmass schrecke die Leute nicht ab. Fazit: Bundesgericht und Migrationsämter müssten sich die Frage stellen, ob sie die Latte für eine Ausschaffung tiefer legen sollten. «Wer allein für schmutzige Geschäfte bei uns ist, hat sein Aufenthaltsrecht verwirkt.» So ist es. Schön, dass die frohe Botschaft nun auch in den Redaktionsräumen des notorisch kurzsichtigen «Tages-Anzeigers» angekommen ist. Aber wer hat die Ausschaffung krimineller Ausländer erfunden? Nicht Ricola, nicht Schawinski, nicht der «Tages-Anzeiger» – die SVP.

Die Wunder mehren sich. «Tages-Anzeiger»-online berichtet, dass ein Pilotversuch zur Aufdeckung von IV-Missbräuchen gestartet werde. Mit verdeckten Ermittlungen will das Bundesamt für Sozialversicherungen (BfS) Personen überwachen, die unter dringendem Betrugsverdacht stehen. Der Titel der kleinen wundersamen Adventsgeschichte: «IV-Betrüger im Kosovo und in Thailand gesucht.» Denn in diesen zwei Ländern leben auffällig viele IV-Bezüger. Je mehrere Hundert. Und wer hat den IV-Missbrauch thematisiert? Weder der «Tages-Anzeiger» noch das zuständige Bundesamt – die SVP.

Am 10. Dezember stehen die Bundesratswahlen an. Es ist die Zeit der Zeichen und Wunder. Wie wäre es, die Bundesversammlung würde denjenigen Mann wählen, der diese Themen gegen alle Widerstände auf die politische Agenda brachte? Nicht Ricola, nicht Recordon – sondern Christoph Blocher.

SESSIONSBERICHT 1. WOCHE

Vorgeplänkel zu Bundesratswahlen, Voranschlag und Entwicklungshilfe

Die Bundesratswahlen finden zwar erst nächste Woche statt. Trotzdem beherrschte dieses Thema die Gespräche in der Wandelhalle. Wie immer wurde viel diskutiert, spekuliert und gerechnet. Traditionsgemäss steht die Dezembersession aber auch immer im Zeichen der Budgetierung.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Der Voranschlag 2009 sieht ordentliche Einnahmen von 59,967 Milliarden Franken und Ausgaben von 58,557 Milliarden Franken vor. Die ordentlichen Ausgaben wachsen dabei gegenüber dem Voranschlag 2008 um 3 Prozent. Für die SVP ist dies problematisch. Die Budgetierung ist jeweils ein längerer Prozess. So wird der Voranschlag bereits in der ersten Jahreshälfte erarbeitet und nach den Sommerferien den Räten zugestellt. Bei der Ausarbeitung des Voranschlages 2009 ging der Bundesrat noch von einem Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent aus, nämlich 1,3 Prozent reales Wachstum und 2,3 Prozent Teuerung. Bekanntlich sind diese Prognosen aufgrund der weltweiten Finanzmarktkrise jedoch überholt. Die Prognosen müssen leider laufend nach unten korrigiert werden.

Nur SVP reagiert auf veränderte Wirtschaftslage

Erstaunlicherweise war in der Eintretensdebatte nur die SVP bereit, auf die veränderten Wirtschaftsaussichten vorausschauend zu reagieren. Sie stellte folgerichtig den Antrag, den Voranschlag an den Bundesrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, diesen derart zu überarbeiten, dass die ordentlichen Ausgaben um maximal 2 Prozent (statt 3 Prozent) wachsen. Zudem sollen die geplanten Einnahmen dem tieferen Wirtschaftswachstum angepasst werden. Bei fehlenden Einnahmen steigen nämlich entweder die Schulden ins Unermessliche oder der Bund muss sich zusätzlich massiv verschulden. Unser Vertreter in der Finanzkommission, Bruno Zuppiger, führte unter anderem aus: «Wir wollen ein Ausgabenwachstum, das nicht mehr als 2 Prozent beträgt. Dabei soll nicht insbesondere bei den Investitionen, sondern bei den Betriebsausgaben korrigiert werden.» Gemäss Bruno Zuppiger ist es besser, bereits jetzt auf die veränderten Rahmenbedingungen zu reagieren, als später schmerzvolle, teilweise ungerechte Sparpakete zu schnüren. Die SVP war mit ihren Anträgen einmal mehr chancenlos. Die Detailberatung wird nun noch viel Zeit in Anspruch nehmen. Dabei werden die Sparanträge der SVP ebenfalls kaum akzeptiert werden.

Mehr als 5 Millarden Franken für die Entwicklungshilfe

Am Dienstag genehmigte der Nationalrat einen Rahmenkredit von 4,5 Milliarden Franken für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe der Schweiz zu Gunsten von Entwicklungsländern in den Jahren 2009–2012. Zusätzlich genehmigte der Rat für den gleichen Zeitraum einen Rahmenkredit von 800 Millionen Franken für wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit. Während für das erste Geschäft das DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit)verantwortlich zeichnet, ist für den zweiten Kredit das seco (Staatssekretariat für Wirtschaft) zuständig. Folgerichtig wurden die beiden Geschäfte durch die Bundesrätinnen Calmy-Rey und Leuthard gemeinsam vertreten. Bei den Beratungen unterstützte der Nationalrat einen Zusatzantrag des Ständerates, welcher forderte, diese Kredite mit einer weiteren Vorlage sogar noch aufzustocken. Die SVP wehrte sich vergebens gegen diese Erhöhung. Nach unserer Ansicht muss zuerst die laufende Reorganisation des DEZA abgewartet und analysiert werden. Eine Erhöhung macht in diesem Zeitpunkt keinen Sinn und könnte sich sogar kontraproduktiv auswirken. Gemäss Christoph Mörgeli können aber auch Milliarden von Entwicklungshilfegelder nicht verhindern, dass Asylbewerber aus diesen Ländern zu uns kommen. Zudem ist auch bei der Entwicklungshilfe die schwierige Lage des Gesamthaushaltes gebührend zu berücksichtigen.

Selbstbedienung der internationalen Organisationen

Zur Debatte stand sodann ein weiterer Kreditantrag aus dem Departement Calmy-Rey. Für das IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) soll in Genf eine Logistikhalle für 26 Millionen Franken erstellt werden. Der Bau dieser Halle war bezüglich Bedarf, Raumprogramm und architektonische Gestaltung grundsätzlich unbestritten. Speziell an diesem Projekt war, dass sich die Bauherrschaft, das IKRK, für eigene Aufwendungen und eigene Berater mehr als 2 Millionen Franken auszahlen lassen will. Die Zahlung von sogenannten Bauherrenleistungen zu Lasten des Baukredites ist sowohl beim Bund wie auch in der Privatwirtschaft jedoch absolut unüblich. Stossend war auch die Höhe des Betrages. So kassieren die Berater des IKRK mehr als die Architekten, welche diesen Bau planen und bauen und sich jahrelang mit diesem Projekt beschäftigen. Diese Selbstbedienung des IKRK wurde zwar von der Finanzkommission und der Kommission für öffentliche Bauten gerügt. Ein Antrag der SVP, den Verpflichtungskredit um dieses stossende Beraterhonorar zu kürzen, wurde jedoch von den anderen Fraktionen nicht unterstützt. Damit lässt man es offensichtlich zu, dass mit Steuergeldern weiterhin unsorgfältig umgegangen wird. Der Steuerzahler kann sich tatsächlich nur noch auf die SVP verlassen.

BUNDESRATSWAHLEN

SVP will echte Konkordanz und Kollegialität bewahren

Die SVP fordert von den anderen Parteien, zum System der nummerischen Konkordanz zurückzukehren. Einen ersten Schritt können diese am 10. Dezember 2008 tun, indem sie einen von den nominierten SVP-Kandidaten in den Bundesrat wählen.

SILVIA BÄR
GENERALSEKRETÄRIN
AD INTERIM
SVP SCHWEIZ

Die Schweiz verfügt über ein weltweit einzigartiges politisches System mit einer Kollegialitätsregierung in einem Konkordanzsystem. Die schweizerische Konkordanz ist Folge davon, dass in unserer direkten Demokratie jede grössere Partei und Interessengruppe in der Lage ist, über die Volksinitiative und das Referendum auf alle wichtigen, politischen Entscheide Einfluss zu nehmen. Entsprechend wurden in der Vergangenheit alle grösseren Parteien in die Regierung eingebunden. Die Konkordanz ist somit arithmetisch zu verstehen. So wirkt das Konkordanzprinzip als Konfliktregulierungsmechanismus in einem System mit verschiedenen Parteien. Deshalb gilt es, dass auch in der Zusammensetzung der Regierung die Wählerstärke der verschiedenen Parteien berücksichtigt wird. Konkordanz bedeutet Übereinstimmung, das heisst die Zusammensetzung der Regierung muss die Parteienstärken im Parlament widerspiegeln.

Konkordanz muss ernst genommen werden

Die Stärke einer Partei wird, sowohl auf der Gemeinde- oder Kantonsebene als auch beim Bund, in der Legislative durch die Proporzwahlen definiert und ist entsprechend in der Exekutive abzubilden. Dies ist das Einzigartige in unserem schweizerischen System, in welchem eine grosse Anzahl Parteien in die Regierung eingebunden wird. Denn die Schweiz kennt keinen Regierungschef oder Staatspräsidenten. Die Konkordanz hat nur Bestand und kann nur dann vor dem Volk bestehen, wenn die Regierung proportional gleich zusammengesetzt ist wie das Parlament.

Die SVP fordert deshalb die anderen Parteien auf, zum System der nummerischen Konkordanz zurückzukehren. Einen ersten Schritt können diese am 10. Dezember 2008 tun, indem sie einen der von der SVP nominierten Kandidaten in den Bundesrat wählen. Auch dann wäre die wählerstärkste Partei aber noch immer untervertreten. Deshalb gilt es, bei einer der nächsten Vakanzen, die Stärke der SVP und deren Anspruch auf eine entsprechende Exekutiv-Vertretung vollständig zu berücksichtigen. Wird die Konkordanz auf Bundesebene ernst genommen, muss sich die Regierung bei der aktuellen Parteienstärke aus 2 SVP-, 2 SP- und 2 FDP-Bundesräten sowie 1 CVP-Bundesrat zusammensetzen.

Regierungsvertreter müssen eigene Partei repräsentieren

Weil die schweizerische Konkordanz, wie oben erläutert, keine inhaltliche sein kann, gilt es die verschiedenen Parteien in der Landesregierung dem Stärkeverhältnis nach einzubinden. Dies hat mit Vertretern zu geschehen, welche die politischen Haltungen dieser Parteien auch wirklich repräsentieren. Daher ist es von Bedeutung, dass die Parteien die Bezeichnung ihrer Regierungsmitglieder selber vornehmen können.

Für die Umsetzung ist das Kollegialitätsprinzip unabdingbar. Dieses beruht auf zwei Grundsätzen, nämlich der Gleichberechtigung aller Mitglieder der Regierung und dass Mehrheitsbeschlüsse nach aussen von jedem Mitglied zu vertreten sind.

Echte Konkordanz bringt Stabilität

Das auch in der Verfassung festgehaltene System der Kollegialität hat sich bewährt. Deshalb ist es umso bedenklicher, dass der – in den Sonntagszeitungen bekannt gewordenen – so genannten «Gruppe 13», welche die bewährte Konkordanz aufgeben will, offenbar bis vor kurzem sowohl die diese Woche gewählte Nationalratspräsidentin Chiara Simoneschi (CVP) als auch der neue Ständeratspräsident Alain Berset (SP) angehört haben sollen.

Weniger erstaunen Namen aus dem vermeintlich bürgerlichen Lager wie Dick Marty (FDP, TI), Lucrezia Meier-Schatz (CVP, SG) oder Jacques Neirynck (CVP, VD). Oder auch Leute wie Nationalrat Kurt Fluri (FDP, SO), der mehr Interessenvertreter seiner Mandate zu sein scheint, als der Bevölkerung und seiner Partei verpflichtet. Die linken und grünen Vertreter erwähne ich hier nicht, denn sie haben sich ja nie hervorgetan mit der Verteidigung der arithmetischen Konkordanz, sondern eher mit ihren revolutionären Ideen, die geschichtlich noch nie zu Stabilität geführt haben.

In dem Sinne zählt die SVP auf die bürgerlichen Parteien, die am 10. Dezember ein erstes klares Zeichen geben können, die bewährte schweizerische Konkordanz mit dem Kollegialitätsprinzip auch im 21. Jahrhundert beizubehalten.

GROSSE ERFOLGE FÜR HARMOS-GEGNER

HarmoS wird gesamtschweizerisch immer unwahrscheinlicher

Die Stimmberechtigten in den Kantonen Thurgau und Graubünden haben HarmoS verworfen. Das Konkordat wurde damit bereits in 3½ Kantonen bachab geschickt und in St.Gallen und Zürich wurde HarmoS nur relativ knapp angenommen. In den nächsten Monaten stehen weitere Abstimmungen an, die SVP geht davon aus, dass die gesamtschweizerische Harmonisierung nicht zu Stande kommen wird.

ZB. Die Stimmbürger der Kantone Luzern, Appenzell Innerrhoden sowie am letzten Sonntag Thurgau und Graubünden haben damit klar zum Ausdruck gebracht, dass sie ihre vierjährigen Kinder nicht obligatorisch in die Schule bzw. Kindergarten schicken wollen. Die auf Eigen- und Erziehungsverantwortung bauende Schulpolitik hat sich damit durchgesetzt. Die SVP wird ihren Kampf gegen HarmoS weiterführen und ist zuversichtlich, dass weitere Kantone dem undemokratischen Konkordat der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) eine klare Abfuhr erteilen werden. Bereits im Februar wird in Nidwalden über das Konkordat abgestimmt. Ebenso können die Stimmbürger in den Kantonen Schwyz und Obwalden nächstes Jahr über den HarmoS-Beitritt entscheiden. Das Referendum im Kanton Bern wird wohl auch zu Stande kommen, das bedeutet, dass auch dort das Volk das letzte Wort zu HarmoS haben wird.

Mehr zur HarmoS-Abstimmung im Kanton Zürich auf Seite 3.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Kantonsrat will Bürgerrecht nicht neu regeln

Die 82. Kantonsratssitzung vom letzten Montag stand im Zeichen einer Debatte über das Bürgerrecht. Ausserdem wurde über die HarmoS-Vereinbarung und die Vereinbarung über hochspezialisierte Medizin sowie über die Verantwortung bei der Gewährung von Hafturlauben für Verwahrte debattiert.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Mit einer Motion verlangten **Bruno Walliser** (SVP, Volketswil) und **Hans Heinrich Raths** (SVP, Pfäffikon), das Gemeindegesetz dahingehend abzuändern, dass in Zukunft auch bei Personen mit Anspruch auf Einbürgerung, die Gemeinden prüfen, ob die Bürgerrechtsbewerber integrieren sind. Dies wurde verlangt, da am 26. September 2004 die Stimmberechtigten im Kanton Zürich den Bundesbeschluss über die ordentliche erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation mit 55,60 Prozent abgelehnt haben. Daraus kann geschlossen werden, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine strengere Einbürgerungsregelung wollen. Das Gemeindeamt des Kantons Zürich hat jedoch die Gemeinden darauf aufmerksam gemacht, dass bei Personen mit Anspruch auf Einbürgerung das Gemeindebürgerrecht nicht wegen ungenügender Integration verweigert werden darf. Darum wurde verlangt, dass das Gemeindegesetz mit einer zusätzlichen Bestimmung ergänzt wird. Ein Postulat von **Barbara Steinemann** (SVP, Regensdorf) und **Bruno Walliser** forderte zudem, dass die Bürgerrechtsverordnung dahingehend geändert wird, dass die Aufnahme in das Kantons- und Gemeindebürgerrecht nur möglich ist, wenn der Einbürgerungswillige über eine Niederlassungsbewilligung verfügt. Die beiden Vorstösse wurden im Rat gemeinsam behandelt.

Prüfung auf Integration

Bruno Walliser stellte im Rat klar, dass mit den geforderten Änderungen die integrierten Ausländerinnen und Ausländer nichts zu befürchten haben. Jedoch stelle er als Gemeindepräsident immer wieder fest, dass nicht alle Ausländer die in der Schweiz mindestens fünf Jahre die Volksschule besucht haben, gleich gut integriert seien. **Barbara Steinemann** votierte im Rat, dass immer wieder Personen im Kanton Zürich eingebürgert werden, welche nie über eine Niederlassungsbewilligung, nicht einmal über eine Aufenthaltsbewilligung (Bewilligung B) verfügt haben. **Hans Heinrich Raths** begründete im Rat, warum die Gemeinden für die Überprüfung der Integration zuständig sein sollten: Die nicht in der Schweiz geborenen Ausländerinnen und Ausländer zwischen 16 und 25 Jahren, die mindestens fünf Jahre die Volksschule besucht haben, hätten einen Rechtsanspruch auf erleichterte Einbürgerung. Die Praxis zeige jedoch, dass fünf Jahre oft nicht für eine erfolgreiche Integration genügen. Häufig werde die Rechtsordnung nicht genügend beachtet. Es dürfe nicht sein, dass Personen, die Gewalt anwenden oder sonst nicht genügend integriert sind, eingebürgert werden. Das Ziel der Motion sei, dass auch bei erleichterten Einbürgerungen, die Gemeinde prüfen könne, ob der Bürgerrechtsbewerber integriert ist. Das Postulat wurde gegen den Willen der SVP mit 57 zu 103 Stimmen und die Motion mit 79 zu 81 Stimmen abgelehnt.

Hochspezialisierte Medizin

Dem Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Spitzenmedizin wurde mit 133 gegen 2 Stimmen gutgeheissen. Der Zweck dieses Konkordates ist, dass die Kantone in einer Vereinbarung eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende und wirtschaftlich medizinische Versorgung sicherstellen (siehe Kommentar).

HarmoS

Mit einem dringlichen Postulat von **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen), **Samuel Ramseyer** (SVP, Niederglatt) und **Stefan Dollenmeier** (EDU) wurde von der Regierung verlangt, dass sich die Zürcher Bildungsdirektion in der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren dafür einsetzt, dass die heute vorliegenden HarmoS-Bestimmungen zurückgezogen und überarbeitet werden. **Matthias Hauser** stellte im Rat fest, dass es nun in fünf Kantonen Volksabstimmungen betreffend HarmoS gab. In drei dieser fünf sei die Vorlage gescheitert. Im Thurgau sogar gegen die Haltung aller Parteien. Dies zeige klar, wie eine Volksabstimmung in den Kantonen ausgegangen wäre, wo sie am Volk vorbeigeschmuggelt wurde. Die Ausgangslage für HarmoS sei desaströs. Ein harmonisiertes Bildungswesen in der Schweiz sei definitiv nur noch mit Zwang möglich. Deshalb bleibe die Forderung nach einer HarmoS-Reform aktuell. Die Harmonisierung ist in den Kantonen Graubünden, Thurgau und Luzern gescheitert. Die Bundesverfassung sieht jedoch vor, dass alle Kantone mitmachen müssen. Es gilt nicht als harmonisiert, wenn drei Kantone ausscheren. Wollen wir wirklich, dass 18 Bildungsdirektoren beim Bund den Antrag stellen, die freien Kantone zu HarmoS zu zwingen. Oder wollen wir lieber ein HarmoS, das harmonisiert, aber inhaltlich nicht so weit geht. Dass wäre dann übrigens das, was die Schweizer Bevölkerung mit dem Bildungsverfassungsartikel ursprünglich wollte, so **Matthias Hauser**. Das Postulat wurde abgelehnt.

Verantwortlichkeit bei Hafturlauben

Mit einer Parlamentarischen Initiative (PI) forderten **Jürg Trachsel** (SVP, Richterswil), **René Isler** (SVP, Winterthur) und 59 Mitunterzeichnende, dass Hafturlaube für verwahrte Personen nur noch gemäss Entscheid des Justizdirektors gewährt werden dürfen. Die Bevölkerung sei schockiert über den largen Umgang der Zürcher Vollzugsbehörden mit gemeingefährlichen Verwahrten. Es bestehe dringend Handlungsbedarf. Wie in andern Kantonen auch (zum Beispiel St. Gallen) müssen Entscheide, welche nicht nur fachlich, sondern auch politisch von grösster Brisanz seien, von der politischen Spitze und nicht mehr länger auf Verwaltungsebene gefällt werden. **Jürg Trachsel** stellte im Rat fest, dass obwohl seit dem 1. Januar 2007 ein neues Verwahrungsrecht in Kraft sei, die Parlamentarische Initiative, die im 2006 eingereicht worden ist, seine Berechtigung habe. Es seien zwar keine bedingten Entlassungen mehr möglich, aber trotzdem erhoffen wir uns mehr Sicherheit, wenn der Regierungsrat mehr Verantwortung beim Entscheid über verwahrte Personen tragen müsse. **René Isler** doppelte nach und betonte, dass es eine Person brauche die zuständig und verantwortlich sei! Die PI wurde abgelehnt.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… dem Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin zugestimmt.	☺
… ein Postulat betreffend Überarbeitung der HarmoS-Vereinbarungen abgelehnt.	☹
… dem Gesetz über die Anpassung des Feuerwehrwesens an das Konzept Feuerwehr 2010 zugestimmt.	☺
… eine PI betreffend Verantwortlichkeit bei der Gewährung von Hafturlauben für Verwahrte abgelehnt.	☹
… einer PI zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Menschenhandelskonvention zugestimmt.	😐
… ein Postulat betreffend Zusammenarbeit statt Zentralisierung im Rahmen der Agglomerationsprogramme abgeschrieben.	😐
… ein SP-Postulat betreffend Gleichbehandlung in der Jungendstrafrechtspflege überwiesen.	☹
… eine Motion betreffend Änderung Gemeindegesetz, Bürgerrecht abgelehnt.	☹
… ein Postulat betreffend Neuregelung des Erwerbs des Bürgerrechts abgelehnt.	☹

1.12.08

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Hochspezialisierte Medizin – Chance für Zürich

WILLY HADERER
KANTONSRAT SVP
UNTERENGSTRINGEN

Der vom Kantonsrat am Montag beschlossene Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung zur hochspezialisierten Medizin (HSM) eröffnet dem Kanton Zürich gute Wettbewerbschancen für den Standort Zürich. Ein steiniger Weg führte zu diesem guten Resultat. Zu Recht hat der Zürcher Regierungsrat am 13. Juli 2005 die schwergewichtig auf föderalistische Gesichtspunkte konzentrierte Vereinbarung abgelehnt. Die Kriterien und Ökonomie erfüllten keineswegs die gestellten Anforderungen an einen vernünftigen Vollzug für die Zukunft. Auch in der Vernehmlassung zur heutigen Vereinbarung monierte die SVP den zu wenig ermöglichten Wettbewerbsgedanken im Sinne der Leistungsbereitstellung. Diese Forderung wurde dann auch in der definitiven Fassung im Zweckartikel wesentlich gestärkt.

Qualität und Exquisität

Drei Kriterien sind entscheidend für die Beurteilung von hochspezialisierter Medizin. Hohes Innovationspotenzial, aber auch komplexe Behandlungsverfahren oder hoher personeller und technischer Aufwand gehören dazu. Immer aber ist Seltenheit der Anwendungsmöglichkeit das klar bestimmende Kriterium, das zum Prädikat zur Zuordnung der hochspezialisierten Medizin gehört.

Beschluss- und Fachorgan

Fünf Universitätskantone und fünf weitere Kantone bestimmen den Katalog der hochspezialisierten Medizin. Bei Uneinigkeit müssen je vier dieser Entscheidungsträger zustimmen. Solche Entscheide dürfen nicht entgegen Empfehlungen des fachlichen Beurteilungsorgans stehen. Dieses besteht aus 15 unabhängigen Fachexperten. In dieses Gremium sind mehrere geeignete qualifizierte Spezialisten, auch ausländische Spitzenkräfte als Fachexperten beizuziehen. In der Vernehmlassung hat die SVP des Kantons Zürich diese Lösung explizit verlangt. Die Kriterien für die Empfehlungs-Entscheide des Fachorgans sind darauf ausgelegt, dass die Leistungserbringung und die dazu nötige Tätigkeit stark gewichtet sind.

Geforderte Entscheidungsträger aller Stufen in Zürich

Mit diesem Abkommen ist der Zürcher Regierungsrat klar gefordert, sich diesbezüglich einem klaren Wettbewerb zu Gunsten des Universitätsspitales (USZ), evtl. auch im Verbund mit Privatkliniken zu stellen. Dies heisst, die Mittel sind konzentriert so einzusetzen, dass das USZ auch in der Lage ist, diese Spitzenleistungen dauerhaft zu erbringen. Das heisst aber auch für das USZ, seine vorhandenen Mittel so zu konzentrieren, dass es diese hohen qualitativen Ziele erreichen kann. Andere vielleicht auch noch wünschbare Zielsetzungen sind im Hinblick auf die verfügbaren Finanzen zurückzustufen. Möglicherweise sind sie auch zu Gunsten anderer Institute im Kanton zu reduzieren oder sogar ganz fallen zu lassen. Diese Beurteilung berücksichtigt auch eindeutig, dass viele kantonale, regionale und private Spitäler zu qualitativ hohen Leistungen befähigt sind. Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Instituten ist also klar nötig, um mit vernünftigem Finanzeinsatz eine Vormachtstellung für die hochspezialisierte Medizin in Zürich sicherzustellen.

Zürich hat eine vorzügliche Ausgangslage, um dieser Herausforderung aus einer starken Stellung heraus zu genügen. Mit der Fortführung und einer noch verstärkt zu fördernden Zusammenarbeit zwischen Universität Zürich, ETH und Universitätsspital, sowie mit dem Nutzen von Wissen und Können von Privat- und Regionalkliniken durch koordinierte Zusammenarbeit in Ausbildung und Leistungserbringung, erhält der Standort Zürich eine ausgezeichnete Chance, in Zukunft eine herausragende Stellung im Bereich hochspezialisierter Medizin, wie auch in der Grundversorgung der Bevölkerung gleichermassen zu erfüllen. Die Politik, speziell der Regierungsrat des Kantons Zürich ist gefordert, das Erreichen dieses hochgesteckten Ziels für Zürich zu erhalten und auszubauen.

NUN SIND FDP UND CVP GEFORDERT!

Initiative setzt finanzpolitische Signale

Das Verdikt der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist gefällt: Die Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder» wurde verworfen. Obwohl das Begehren abgelehnt worden ist, vermochte die Initiative wichtige finanzpolitische Signale zu setzen: Die Diskussionen im Abstimmungskampf haben gezeigt, dass das eigentliche Ziel der Initiative – eine verantwortungsvolle Finanzpolitik – vielerorts nicht bestritten ist. Nun sind namentlich FDP und CVP gefordert, ihre Finanzpolitik entsprechend auszurichten und es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bewenden zu lassen.

MARTIN ARNOLD
KANTONSRAT SVP
OBERRIEDEN

In der momentanen Wirtschaftslage wird deutlich, von welcher Bedeutung eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ist: Gerade in Krisensituationen sind sichere Rahmenbedingungen und Stabilität von höchster Bedeutung. Dazu gehören auch gesunde öffentliche Finanzen. Dass der Kanton Zürich als Wirtschaftsmotor unseres Landes eine wenig nachhaltige Finanzpolitik betreibt, ist bedenklich. Die Entwicklung, dass die Ausgaben deutlich schneller wachsen als die Einnahmen, muss gestoppt werden. Es ist unverantwortlich, der nächsten Generation einen riesigen Schuldenberg zu hinterlassen. Dies wurde im Abstimmungskampf auch von den meisten Initiativgegnern nicht bestritten.

Diese finanzpolitischen Fehlentwicklungen hätten mit der Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder» gestoppt werden können: Ausserordentliche Erträge aus der Privatisierung von Staatsbetrieben und Ausschüttungen der Nationalbank hätten künftig zum Schuldenabbau eingesetzt werden müssen. Leider haben die verwirrenden Aussagen der Initiativgegner bei einer Mehrheit der Bevölkerung verfangen und zur Ablehnung der Initiative geführt. Trotzdem vermochte die Initiative wichtige finanzpolitische Signale zu setzen. Nun sind namentlich FDP und CVP gefordert, welche sich im Abstimmungskampf trotz Nein-Parole immer für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ausgesprochen haben: Der finanzpolitische Handlungsbedarf ist ernst zu nehmen. Die Zürcher Finanzpolitik ist entsprechend zu korrigieren: Nur ein gesunder Staatshaushalt ermöglicht Wirtschaftswachstum.

BETRÜBLICHER HARMOS-ENTSCHEID

Eine Volksschule ohne Volk ist zum Scheitern verurteilt!

Die SVP des Kantons Zürich nimmt mit Bedauern vom Volksentscheid zu HarmoS Kenntnis. Leider liessen sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von der «Vogel-friss-oder-stirb-Politik» der EDK, des Zürcher Regierungsrates und der staatshörigen Parteien einschüchtern.

ZB. Es ist für die SVP unverständlich, dass damit die Zürcher Bevölkerung der eigenen vollständigen Entmachtung in allen Bereichen der Volksschule freiwillig zugestimmt hat. Mit dem JA zu HarmoS wurde ein verhängnisvoller Schritt in Richtung Entmachtung der Eltern und Verstaatlichung der Kindheit gemacht. Die SVP wird mit Akribie darauf achten, dass die Versprechen der Befürworter nun eingehalten werden und die Volksschule eine Schule zum Wohl aller Kinder bleibt, das Mitspracherecht der Eltern gewahrt wird und der staatliche Dirigismus nicht noch weiter ausufert.

Die SVP des Kantons Zürich ruft den Stimmbürgern jener Kantone, die erst noch über den Konkordatsbeitritt zu befinden haben, in Erinnerung, dass, wenn das HarmoS-Konkordat einmal angenommen ist, weder ein kantonales Parlament noch die Stimmbürger über die Möglichkeit verfügen, HarmoS weiter zu beeinflussen und allfällige Fehler zu korrigieren. HarmoS ist ein falscher Schritt, um die Qualität der Schulen zu verbessern und ist in seiner unausgereiften, überbordenden Form ein Schlag für alle Eltern und Lehrer, die ihre Erziehungsaufgabe und die Lehrtätigkeit verantwortungsvoll wahrnehmen.

Der Beitritt zum HarmoS-Konkordat besiegelt das Ende der Gewaltentrennung und verurteilt unsere Volksschule zum Scheitern.

EIDGENÖSSISCHE SVP-DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN DIETIKON

700 Delegierte und Gäste fanden den Weg in die Stadthalle!

Kantonsrätin Rosmarie Frehsner und Bezirksparteipräsident Pierre Dalcher mit Toni Brunner.

ZB. Eigentlich hätte die eidgenössische Delegiertenversammlung von vergangenem Wochenende im Kanton Solothurn stattfinden sollen. Leider war dies aus organisatorischen Gründen nicht möglich, und die SVP Schweiz sah sich gezwungen, kurzfristig nach einer anderen Lösung zu suchen.

Der Präsident der SVP-Bezirkspartei Dietikon, Pierre Dalcher, fackelte nicht lange, als das Zürcher Parteisekretariat ihn um Hilfe bat und übernahm in gewohnt zupackender Art, die Organisation der Sitzung des Zentralvorstandes vom 28. November und der eidgenössischen Delegiertenversammlung vom 29. November.

An dieser Stelle danken wir den Organisatoren Pierre Dalcher und Rosmarie Frehsner, Sektionspräsidentin des Bezirkshauptortes, sowie den zahlreichen Helfern aus den Bezirkssektionen, den Sponsoren und engagierten Firmen ganz herzlich für ihre tatkräftige Unterstützung, die gute Zusammenarbeit und die perfekte Durchführung des Anlasses.

Andreas Gross: «Ich schiesse auf alles was nach Demokratie riecht.»

Neuerscheinung als Weihnachtsgeschenk für jede Generation

Geschichten, wie sie nur das Leben schreiben kann, erzählt Rösli Zuppiger-Stocker in ihrem Buch. Es sind Begebenheiten aus dem Alltag einer Hausfrau und Mutter, aus dem gemeinsamen Leben in der Familie. Den Sprung in die «hohe Politik» machen jene Erzählungen im Buch, die von den Tieren im Bundeshaus oder auf dem Bauernhof berichten – oder davon, wie die Blutwurst zum Bundesrat kam. Alle Geschichten sind von einer tiefen Menschlichkeit gepägt. Und dem ehrlich empfundenen Wunsch der Autorin, Männern und Frauen Mut zu machen, das zu leben, was am allerwichtigsten ist: Verbindliche Gemeinschaft und Familie.
Den Geschichten von Rösli Zuppiger ist ein Vorwort von Ueli Maurer vorangestellt.

Jetzt bestellbar bei:
Zürcher Oberland Buchverlag, 8620 Wetzikon, 2008
Telefon 044 933 31 11, E-Mail: buchverlag@zol.ch
www.zo-buchverlag.ch

LESERBRIEFE

Nach der HarmoS-Abstimmung

Wir bedauern, dass es uns nicht gelang, unsere berechtigten Zweifel am HarmoS-Konkordat mehrheitsfähig zu machen. Es bleibt die Hoffnung, dass das Quorum von 18 Kantonen nicht erreicht wird. So bleibt wenigstens die Möglichkeit der Kündigung des Konkordats erhalten. Diese könnte auf dem parlamentarischen Weg oder über eine Volksabstimmung erzwungen werden, sollte sich herausstellen, dass sich unsere Befürchtungen bewahrheiten.

HarmoS wird nicht halten können, was es für die Schweiz verspricht. Schon heute gibt es zu viele Ausnahmeregelungen, welche die Mobilität auch in Zukunft behindern werden – ich denke an die unterschiedliche Regelung des Sprachenerwerbs oder auch an die Tatsache, dass die Harmonisierung lediglich auf das Ende einer Stufe realisiert werden muss. Wer dazwischen umzieht – das gilt auch für den Kanton Zürich – wird sich wie heute, damit abfinden müssen, dass sich die neue Klasse bezüglich der Realisierung des Lehrplans an einem anderen Ort befindet, als die alte.

HarmoS ist ein undemokratisches Konstrukt, welches die Volksschule in entscheidenden Bereichen der Kontrolle der Parlamente – der Bildungsräte und des Volkes entzieht. Die 26 Erziehungsdirektoren zusammen mit Bildungsfunktionären erhalten einen gestalterischen Spielraum, der in der Schweiz einzigartig und systemfremd ist.

HarmoS ist ein weiterer Baustein zu einer sozialistischen Gesellschaftsform, welche den Bürgerinnen und Bürgern ein weiterer Teil ihrer Verantwortung entzieht und diese dem Staat überträgt. Auf den ersten Blick mag das verlockend sein. Mittel- und langfristig wird die Gesellschaft auf diesem Weg entmündigt und unsere direkte Demokratie in Frage gestellt.

Wir werden in Zukunft im Bereich der Verbundsaufgaben, welche die Kantone im Rahmen des NFA gemeinsam zu lösen haben, mit weiteren Konkordaten konfrontiert werden, welche – so befürchte ich – ähnliche Folgen auf unser politisches System haben werden.

Vielleicht geht es letztlich darum, die Schweiz und ihre direkte Demokratie sturmreif zu schiessen, mit dem Ziel, sie für das sozialistische Projekt EU-kompatibel zu machen. Hütet Euch am Morgarten!

Kantonsrat Samuel Ramseyer, Niederglatt

3 : 2 für HarmoS-Kritiker

In fünf Kantonen hat die Stimmbevölkerung über HarmoS abgestimmt. In drei davon ist der Beitritt zum Konkordat gescheitert, im Thurgau gegen alle Parteien. Das zeigt, wie HarmoS-Abstimmungen dort ausgegangen wären, wo sie am Volk vorbei geschmuggelt wurden. So wie die EDK es auch in Zürich, St. Gallen, Graubünden und Luzern wollte, hätte nicht die SVP das Referendum ergriffen. Die Partei kämpfte gegen ein Konglomerat von FDP, CVP, SP und Bildungsbürokraten, David gegen Goliath. Im Kanton St. Gallen haben die Befürworter nur dank den Städten St. Gallen und Rapperswil gewonnen, auch im Kanton Zürich haben einige Landgemeinden abgelehnt. Im Aargau wurde Rainer Huber, CVP, HarmoS-Turbo, als Bildungsdirektor abgewählt. Im Kanton Schaffhausen werden neu Unterschriften gegen die Anpassung des Bildungsgesetzes gesammelt, obwohl das Parlament dem Konkordat schon beigetreten ist. Nidwalden stimmt am 8. Februar ab, in Bern sind die Unterschriften für das Referendum bald zusammen. Fakt ist also: HarmoS ist definitiv nur noch mit Zwang möglich.

Die HarmoS-Befürworter sehen dafür zwei Möglichkeiten: 18 Kantone sollen einen Bundesbeschluss verlangen, welcher die Restlichen verpflichtet. Oder diejenigen Kantone, die abgelehnt haben, sollen die Abstimmung wiederholen (Frau Aeppli sagt dem zynisch: «eine zweite Chance erhalten») und sich HarmoS anpassen. Falls dies nicht gelingt, drohen die, die sich sonst Föderalisten nennen, mit Bundesbeschüssen. Unschön.

Schweizer Volk will Harmonisierung mit allen Kantonen

Laut EDK-Exponenten wäre HarmoS überarbeitet worden, wenn in Zürich oder St. Gallen ein Nein resultiert hätte. Sind Graubünden, Thurgau und Luzern weniger wert? Die Schweizer Bevölkerung hat in der Bundesverfassung den Auftrag gegeben, mit allen Kantonen zu harmonisieren. Warum einigen sich die Bildungsdirektoren nicht volksverbundener und mit einer anderen Regelung der Einschulung? Luzern, Graubünden und Thurgau wären dann wieder an Bord. Offenbar haben nur grosse Kantone etwas zu sagen.

Schlacht geschlagen, der Krieg geht weiter

Die SVP muss verhindern, dass das antidemokratische, bürokratische und elternfeindliche Konkordat in Kraft tritt. Jede Diktatur beginnt mit Kompetenzverschiebung und Zentralisierung. Die EDK soll HarmoS überarbeiten. Dazu gilt es, die Abstimmungen in Nidwalden und Bern zu gewinnen. Gleichzeitig sollen die SVP-Regierungsräte, die vom Volk überstimmt wurden (Thurgau, beinahe St. Gallen) und der Kanton Graubünden in der EDK die Überarbeitung verlangen. Und die Kantonsparlamente müssen die EDK-Bürokratie enger unter die Fittiche nehmen. Am 30. November wurde eine Schlacht geschlagen, der Krieg geht weiter.

Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen

Alarmierende Zahlen belegen Überfremdung an Schulen

Indikatoren liegen seit längerem vor. Nun ist es Realität. Laut aktuellen Zahlen ist in Dübendorf, der viertgrössten Stadt des Kantons Zürich, die Anzahl fremdsprachiger Kinder in der Primarschule, wie auch im Kindergarten in den letzten Jahren stark angestiegen. Bei zirka 23 200 Einwohnern liegt der Anteil fremdsprachiger Kinder bei Primarschulen bei 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler und 55 Prozent im Kindergarten. Dass das Leistungsniveau einer ganzen Klasse ab einem Anteil an 20 Prozent fremdsprachigen Kindern abnimmt, ist wissenschaftlich erwiesen. Diese Bildungsverluste sind klare Konsequenz der linken Zuwanderungspolitik.

Gemeinderätin Jacqueline Hofer, Dübendorf

Klima

Erdwissenschaftliche Forschungen auf der ganzen Welt zeigen, während grosser Zeiträume fanden Klimaänderungen statt. Wir wissen auch von verschwundenen Kulturen, kennen aber die Gründe des Verschwindens bis heute nicht. Das Gebiet der heutigen Sahara war vor langer Zeit dicht bewaldet. Eine Klimaänderung machte daraus eine Wüste. Wie das vor sich ging, danach fragen wir. In Sibirien gab es einmal eine üppige Vegetation, nach der Ursache des Wechsels in ein kaltes Klima wird heute noch gerätselt. Warum die Eiszeit über Europa hereinbrach, darüber gibt es von Klimaforschern verschiedene Theorien. Selbst die kleine Eiszeit in Europa kann von Klimaforschern nicht vernünftig erklärt werden.

Heute werden wir mit fester Überzeugung dauernd daran erinnert und bezahlen sogar dafür, dass wir für eine kommende Klimaänderung verantwortlich sind. Gegenüber all den erdgeschichtlichen Änderungen und den gewaltigen Naturkräften bleibt das ein grosses Fragezeichen. Wir Menschen sind hingegen mit einer schlechten Luftqualität in der Lage, die Gesundheit aller Lebewesen ernsthaft zu schädigen. Als Politiker würde ich mit Fragen und Antworten über eine Klimaänderung über lange Zeiträume vorsichtig umgehen, denn die Klimaforschung ist keine exakte Wissenschaft. Das Klima erwärmt sich, dass wissen wir. Auf die Folgen können wir uns mit Bedacht einrichten. Die Luftqualität ist zeitweise sehr schlecht. Darum kämpfen wir besser für eine saubere Luft!

Max Matt, Altstätten

DORF-GARAGE TAGELSWANGEN
F. Feldmann

Dienstleistungen:
- Verkauf PW und NFZ
- Abgaswartungen (Diesel, Benzin, Gas)
- Klima-Wartungen
- Unfall-Reparaturen
- Fahrzeug-Überführungen bis 2,5 t

CITROËN

www.dorfgarage-tagelswangen.ch – Tel. 052 343 67 14

NEIN ZUR MOGELPACKUNG

Die SVP und die Problematik der Personenfreizügigkeit

Nachdem das Parlament die beiden Vorlagen zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien verknüpft hat, kann das Volk auf zwei Fragen nur noch eine Antwort geben. Eine unverfälschte Stimmabgabe wird verunmöglicht. Da die Ausdehnung des Abkommens auch aus wirtschafts- und sicherheitspolitischen Überlegungen abzulehnen ist, hat die Delegiertenversammlung der SVP in Dietikon mit 432 zu 45 Stimmen und 6 Enthaltungen die Nein-Parole für die Volksabstimmung vom 8. Februar 2009 beschlossen.

BUNDESRAT
CHR. BLOCHER
VIZEPRÄSIDENT
SVP SCHWEIZ
HERRLIBERG

Die SVP hat die AusA. länderfrage in der Schweiz von jeher sehr ernst genommen. Wir wissen, dass die Schweiz eine der höchsten Ausländerquoten in der Welt aufweist und dies trotz einer der höchsten Einbürgerungsquoten.

Personenfreizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit mit der EU war in der SVP schon immer umstritten. Es gab stets Befürworter und Gegner. Die Parlamentarier – sowie der Bundesrat und die Verwaltung – waren eher dafür, die Basis eher dagegen.

Dass man die Folgen der Freizügigkeit, die schlussendlich alle EU-Bürger den Schweizerischen Arbeitsnehmern gleichstellt, kritisch betrachten muss, war in der SVP von jeher klar. Dies ist umso wichtiger, weil die EU-freundlichen Kreise in Regierung, Verwaltung und Parlament, aber auch die Wirtschaftsverbände die Personenfreizügigkeit fast blindlings durchwinkten!

Die Haltung der SVP

Bei der ursprünglichen Einführung der Personenfreizügigkeit sagte die SVP JA, bei der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Länder (hauptsächlich die Oststaaten) sagte die SVP NEIN.

Es ist zu bedenken: Wir haben erst seit 1½ Jahren volle Freizügigkeit und nur mit den fünfzehn alten EU-Staaten. Wir haben also noch keine Erfahrung, insbesondere, weil diese Freizügigkeit, die in diesen Jahren eine ausserordentliche Einwanderung brachte, in die Zeit einer aussergewöhnlichen Hochkonjunktur – ja in eine Überhitzung fiel. Negative Folgen konnten also in dieser Zeit gar nicht auftreten.

Die Abstimmung vom Februar 2009

Nun steht die Schweiz vor einer neuen Abstimmung zur Personenfreizügigkeit. Es geht um zwei Vorlagen – und darum um zwei Fragen:

Soll die Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Staaten weitergeführt werden?

Soll die Personenfreizügigkeit auf die Staaten Rumänien und Bulgarien ausgedehnt werden?

Mogelpackung

Weil die Politiker in Bern wissen, dass die ausländerpolitischen Fragen in der Bevölkerung weitaus kritischer beurteilt werden als in all den EU-beitrittsfreudigen Büros im Bundeshaus, hat man sich einen Trick einfallen lassen: Unter der Führung der SP, der Grünen und der CVP wurden die zwei Fragen so zu einem «Päckli» zusammengebunden, dass eine unverfälschte Antwort nicht mehr möglich ist. Die Abstimmungsfrage, wie sie dem Bürger vorgelegt wird, enthält zwei Fragen und darauf kann man nur eine Antwort geben. Die Antwort – wie sie auch immer ausfällt – ist eine verfälschte Antwort:

Sagen die Stimmbürger JA bei der Abstimmung, weiss man nicht was die Stimmbürger wollten:

War es ein JA zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit?

War es ein JA zur Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien?

Oder war es ein JA zu beidem?

Natürlich werden nach der Abstimmung die gnädigen Damen und Herren in Regierung und Verwaltung dieses Abstimmungsergebnis so interpretieren wie es ihnen passt. So wie man sich das sonst nur in Diktaturen oder pseudodemokratischen Staaten gewohnt ist.

Sagen die Stimmbürger NEIN, weiss man nicht was die Stimmbürger wollten:

War es ein NEIN zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit?

War es ein NEIN zur Erweiterung auf Rumänien und Bulgarien?

Oder war es ein NEIN zu beidem?

Dies ist eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen, die man in einer schweizerischen Demokratie nicht für möglich gehalten hätte. Es zeigt, wie ernst man die eigenen Bürger nimmt. Es ist für einen Demokraten unerträglich, was hier im Parlament geschehen ist.

Diese Schandtat können alle, Befürworter und Gegner der Personenfreizügigkeit mit einem NEIN ohne negative Folgen rückgängig machen: Ein NEIN hat den grossen Vorteil: Das Parlament wird dann nämlich schon aus Eigennutz eine neue Abstimmung anstreben, bei der eine unverfälschte Antwort möglich ist. Nämlich zwei Vorlagen, zwei Antworten. Ein doppeltes NEIN als definitiven Entscheid werden Bundesrat und Parlament ja nicht annehmen müssen.

Die Haltung der SVP zum Referendum

Die SVP-Parteileitung hat an der letzten Delegiertenversammlung beschlossen, kein Referendum zu ergreifen. Sie wollte nicht, dass man den Stimmbürger an die Urne bemüht, um eine Scheinfrage zu beantworten. Wenn schon eine undemokratische Tat beschlossen wird vom Parlament, dann sollten sie die Verantwortung eigentlich selbst tragen.

Nun ist leider das Referendum zustande gekommen, und die Frage ist gestellt. Das ist eine neue Situation. Beim Referendum ging es darum zu beantworten, ob man eine Volksabstimmung durchführen will. Jetzt geht es darum zu sagen, wie soll man stimmen, wenn es eine Volksabstimmung gibt.

Die vom Parlament beschlossene Scheinfrage kann nur mit einem NEIN geheilt werden.

Aber ich mache kein Geheimnis daraus: Ich bin gegen den Vertrag zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien. Gerade in der kommenden schwierigen Wirtschaftssituation, von der wir noch nicht wissen, was die Weltfinanzkrise unserem Land noch alles bringt, ist hier allergrösste Vorsicht am Platz.

Zur Frage der Wirtschaft

Die SVP ist die Partei, die den wirtschaftlichen Unternehmen am nächsten steht. Sie ist diejenige Partei, welche weiss, dass eine private und gute Wirtschaft den Wohlstand fördert. Aber sie hat sich stets ausserhalb eines verhängnisvollen Wirtschaftsfilzes bewegt. Sie weiss, dass Wirtschaftspolitik mehr ist als die Befriedigung kurzfristiger, egoistischer Interessen einzelner Unternehmen. Darum hatte sie immer auch wieder den Mut, sich von der Stellungnahme der grössten Wirtschaftsverbände, wie der economiesuisse oder des Arbeitgeberverbandes, abzuwenden, weil sie wusste, in gewissen Fragen sind diese Verbände nicht die Stimme für eine gute Wirtschaftspolitik.

Die Schweiz kann Arbeitnehmer haben so viel sie will

Natürlich wissen wir, dass die Unternehmen Arbeitskräfte brauchen und wenn wir im eigenen Lande zu wenig haben, ist es sinnvoll, dass man auch ausländische Arbeitskräfte einstellt. Solche Arbeitskräfte erhält die Schweiz so viel sie will. Die Schweiz ist eben ein sehr attraktiver Arbeitsplatz auch für ausländische Angestellte. Auch für Hochqualifizierte. Das wissen wir. Die Schweiz erhält diese Arbeitskräfte auch ohne die Personenfreizügigkeit. Wir haben sie früher in der Schweiz nicht bekommen, weil damals Kontingente oder grosse Einschränkungen bestanden haben.

Ob sich die Personenfreizügigkeit bewährt, mit der wir erst seit 1½ Jahren und erst noch in einem Jahr der Hochkonjunktur – ja einer Überhitzung – Erfahrung haben, kann man heute noch nicht sagen. Es ist eine Tatsache, dass diese Arbeitskräfte, wenn sie ein Jahr in der Schweiz waren, den schweizerischen Arbeitskräften auch im ganzen sozialen Bereich gleichgestellt sind. In schlechten Zeiten ist dies umso gravierender. Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf weitere Staaten hat tendenziell selbstverständlich die Folge, dass die Arbeitslosenzahlen steigen und dass die Löhne sich nivellieren. Und das wird uns im nächsten Jahr bereits sehr zu schaffen machen. Vielleicht werden aber nicht nur diese Arbeitskräfte aus den andern Staaten arbeitslos, sondern statt ihnen viele Schweizer. Denn es wird dann nicht mehr unterschieden. Bezahlen müssen alles wir. Arbeitgeber und Arbeitnehmer!

Die SVP hatte stets auch die Kraft, sich nicht von wirtschaftspolitischen Drohungen, wie sie jetzt wieder zu hören sind, beeinflussen zu lassen. Erinnern Sie sich noch als es um die EU-Frage ging? Die ganze Wirtschaft hat damals gedroht, bei einem NEIN zum Europäischen Wirtschaftsraum wird die Schweiz wirtschaftlich bankrott gehen. Unglaubliche Schreckgespenste hat man uns vorgemacht. Die Vertreter der grossen Unternehmen haben auf dem Bundesplatz vor dem Bundeshaus mit Spruchbändern aufgezeigt, man solle doch in den EWR, d.h. in die Vorstufe der EU, sonst hätte die Schweizer Wirtschaft keine Chance. Das Gegenteil war der Fall. Das zeigt sich heute. Es wäre verheerend, wenn wir jetzt der EU angehören würden.

Ja, man droht wieder, bei einem NEIN der Schweiz müsste man in die EU. Alles schon gehört. Die SVP lässt sich nicht mit Drohungen, vor allem nicht mit unrealistischen, zu falschen Abstimmungsergebnissen hinreissen. Lassen Sie sich nicht irre machen, die automatische Guillotine-Klausel, die jetzt wieder bei einem NEIN als Drohung hingestellt wird, findet nicht statt. Das ist Unsinn. Die Schweizerinnen und Schweizer sind hier frei zu sagen, was sie wollen.

Zu diesem Päckli wie es uns vorgelegt wird, muss NEIN gesagt werden.

PISA 2006: RESULTATE DES KANTONS ZÜRICH

Die Folge sozialistischer Bildungspolitik

Nun ist es amtlich: Schaffhauser Schülerinnen und Schüler schneiden bei den kantonalen PISA-Resultaten am besten ab. Die Zürcher erreichten die tiefsten Mittelwerte der gesamten Deutschschweiz.

CLAUDIO ZANETTI
KANTONSRAT SVP
ZOLLIKON

Einerseits ist dieses Ergebnis nicht überraschend, denn schliesslich beträgt der Wähleranteil der SVP im Kanton Schaffhausen fast 40 Prozent im Vergleich zu 33,9 Prozent im Kanton Zürich. Schaffhausen ist eben ein ländlicher Kanton, und auch im Schulwesen herrschen noch normale Verhältnisse. Es wird gelehrt und gelernt statt experimentiert. Für Kuschelpädagogik und zahllose Versuchsreihen einer ausser Rand und Band geratenen Bildungsbürokratie bleibt kaum Platz. Auf den zweiten Blick ist das Resultat dennoch erstaunlich, denn es macht klar, dass die freisinnig-sozialdemokratische Bildungspolitik punkto Qualität versagt – und das trotz enorm hoher Kosten. Brauchbares Zahlenmaterial ist nur wenig vorhanden, oder es wird unter Verschluss gehalten. («Man kann nicht vergleichen, denn bei einigen Gemeinden ist der Abwart mitgerechnet».)

Doch nur schon ein oberflächlicher Blick in die Bildungsstatistik 2005 (neuere Zahlen sind von unserer Verwaltung, deren Kernkompetenz das Wachsen ist, nicht zu erhalten.) macht deutlich, dass Schaffhausen mit deutlich weniger Geld pro Schüler deutlich bessere Resultate erzielt.

Die hilflos wirkende Entschuldigung seitens der Bildungsdirektion, Zürich sei darum so schlecht, weil es am meisten fremdsprachige Kinder habe, ist geradezu grotesk. Das Fremdsprachen-Problem besteht zwar tatsächlich und wird insbesondere von der SVP seit Jahren angeprangert, doch gerade die sozialdemokratische Bildungsdirektorin und ihre internationalistischen Freunde wehren sich gegen jede Abhilfe. Im Gegenteil, sie verschärfen das Problem noch durch Personenfreizügigkeit, Masseneinbürgerungen und Schlendrian im Asylwesen.

URLAUB FÜR SCHWERSTVERBRECHER

Leider kein harter Umgang mit Verwahrten

Der Kantonsrat hat am letzten Montag eine Chance verpasst, die Sicherheit der Bevölkerung vor notorischen Schwerstverbrechern weiter zu verbessern. Er hat eine parlamentarische Initiative der SVP, welche verlangte, dass Urlaube für derartige Schwerstdelinquenten – so sie denn überhaupt sein müssen – nur noch durch den politisch verantwortlichen Regierungsrat persönlich mit seiner Unterschrift gewährt werden dürfen, klar abgelehnt.

JÜRG TRACHSEL
KANTONSRAT SVP
RICHTERSWIL

Alle paar Jahre stehen Politik und Bevölkerung schockiert am gleichen Punkt: Ein Schwerstverbrecher wurde rückfällig und hat eine grausame Tat begangen. Alle fragen sich: «Wie konnte das passieren? Unzählige Gutachten und mehrfache Abklärungen zeichneten doch ein anderes Bild des Täters. Jahrelang keine Negativzeichen in Verwahrung oder Vollzug und jetzt das! Hätte der Täter überhaupt in Freiheit sein dürfen? Wer trägt die Verantwortung?»

Die SVP misstraut Gerichtspsychiatern und Experten nicht grundsätzlich, aber sie glaubt ihnen eben auch lange nicht alles. Aus diesem Grund wollte sie die Verantwortung für Urlaube der kriminellsten aller Schwerverbrecher – also die aktuell oder ehemals Verwahrten – der politisch verantwortlichen Regierungsperson überbürden. Die SVP ist überzeugt, dass sich eine im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit stehende Regierungsperson zweimal und mehr überlegt, ob sie der schlimmsten Spezie von Gewaltverbrechern – auch wenn die Gutachter und Experten entsprechende Anträge stellen – Urlaub gewähren soll. Wenn schon ein absolutes Urlaubsverbot zur Zeit rechtlich nicht möglich ist, via politischem Entscheid und dem damit einhergehenden Druck der Öffentlichkeit wäre die Zahl der gewährten Urlaube für Schwerstverbrecher gegen Null gesunken; schade, es hat nicht sollen sein.

Während FDP und CVP sich hinter dem neuen Verwahrungsrecht verschanzten und das Heil für derart heikle Entscheide weiterhin allein bei Gerichtspsychiatern und Gelehrten suchten, witterte die SP wie bei allem Hinterfragen von Abläufen im Justizwesen sofort einen persönlichen Angriff gegen SP-Regierungsrat Markus Notter. Beide Haltungen treffen zwar nicht zu, für die Ablehnung des SVP-Vorstosses waren sie jedoch allemal ausreichend.

Fadegrad

Kügelidealer

VON ROLF A. SIEGENTHALER

In ihren Ausgaben vom 27. November berichteten die Medien über die erfolgreiche Verhaftung von Drogenhändlern an der Langstrasse. Die Polizei filmt nun die Dealer, die jeweils nur ganz kleine Mengen von Kokain auf sich tragen. Sie packen die Droge in Folie ein und tragen diese Kügelchen im Mund. Weil es sich jeweils um eine Portion von zirka 1 Gramm geht, kann die Polizei bei einer Festnahme nicht viel machen und so sind die Dealer jeweils nach der Feststellung der Personalien wieder draussen – ausser der Drogenhändler hätte das Kügelchen vor der Verhaftung geschluckt, dann ist ihm überhaupt nichts nachzuweisen. Das frustriert nicht nur die Polizei, sondern jeden rechtschaffenen Bürger. Am 18. September wurde der marokkanisch-schweizerische Ladenbesitzer Alain Saidi von einem Afrikaner aus Mali mit einer Eisenstange verprügelt. Herr Saidi regte sich über den Kügelidealer auf, der vor seinem Laden dealte und so die Kunden vergraulte. Dieser Fall führte zu einem Bürgerprotest an der Langstrasse. Unter der Führung vornehmlich linker Prominenz wie dem AL-Gemeinderat Niklaus Scherr beklagten sich die Leidgeprüften darüber, dass die Dealer zunehmend überhandnähmen. Sie seien immer öfter in Hinterhöfen anzutreffen, wo sie zur Bedrohung für die Hausbewohner würden. Die seit Jahren geäusserte Kritik der SVP über die Zustände an der Langstrasse hat wenig gebracht. Kaum regen sich ein paar Linke auf, werden spektakuläre Aktionen gefahren. Kann das Zufall sein? Jedenfalls ist es ein erstaunliches Zusammentreffen. Neu filmt die Polizei die Dealer über Tage. Auf diese Weise lassen sich die einzelnen Handelsvorgänge dokumentieren und den Händlern kann nachgewiesen werden, dass sie nicht nur eine kleine Menge Kokain zum Eigengebrauch auf sich tragen, sondern einen florierenden Strassendeal betreiben. Wäre das nicht schon längst möglich gewesen? Videokameras werden seit einiger Zeit an neuralgischen Punkten eingesetzt. So in der Langstrassen-Unterführung und auch auf Bahnhöfen. Sie wirken vorbeugend, wenngleich die Auflagen erheblich sind. So dürfen Gesichter bei genereller Überwachung nicht erkennbar sein. Dort aber, wo die Polizei im Rahmen von Ermittlungen bei einem konkreten Tatverdacht gezielt filmt, ist das etwas anderes. Die Erfolge der Stadtpolizei Zürich sind ein weiterer Beweis dafür, dass unsere Gesetze nicht so schlecht sind, dass sie aber durchgesetzt werden müssen. Hierzu braucht es den Willen der Behörden, neue Wege zu gehen. Einerseits muss die Polizei alles unternehmen, um die Täter zu überführen und andererseits muss die Justiz, die möglicherweise unkonventionellen Beweise der Polizei zulassen und die Täter hart bestrafen. Die Dealer sind oft mit Schweizerinnen verheiratet; können so nicht ausgewiesen werden. Wir wollen Ermittlungen gegen Scheinehen!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Polysportiv organisierte Integration der lümmelnd veräusserten Velolobby

«Polysportive Integration der lümmelnd veräusserten Velolobby», das wäre so die Kurzformel des Abends, bei der es um sprachliche Integration, die Verlagerung des Informatikzentrums, eine Fahrverbotsumkrempelung am Stadelhoferplatz, eine Polysporthalle und die Aufhebung von Veräusserungsbeschränkungen ging. Doch so spannend wie das im Titel eingedampfte Programm des Ratsabends erscheint, war es realiter dann wirklich nicht.

B. IM OBERDORF GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 12

In einem kritischen und sachlichen «Tour d'horizon» vertrat **Ruth Anhorn** (SVP) die Minderheitsposition der Weisung zur Förderung von privaten Projekten bei der Integration und Sprachförderung der Stadt Zürich. Einig seien wir uns darin, «dass sich die fremdsprachigen Ausländerinnen und Ausländer unbedingt die deutsche Sprache aneignen sollten, die Frage ist nur wie und wer es bezahlt»: Und hier zeigte **Ruth Anhorn** die ganze Palette der anbietenden Institutionen auf. Auch der Kanton erwarte von den Ausländern mehr Engagement bei der Integration, nur sei das «nicht so einfach zu machen», heisse es bei der Integrationsförderung der Stadt Zürich; so mache ausgerechnet die Stadt Zürich mit seinem hohen Ausländeranteil nicht am Projekt «Fördern und Fordern» im Kanton mit. In diesem komplexen Umfeld wolle die Fraktion der SVP nur die 2-semestrigen Einstiegskurse unterstützen und so einen reduzierten Objektkredit von gut einer Million bewilligen: ein sachlicher Ansatz – aber ohne Aussicht auf Erfolg.

Einfacher hatte es **Thomas Schwendener** (SVP) beim Vertreten einer unbestrittenen Weisung aus dem Hochbaudepartement zum Organisations- und Informatikzentrum, dem OIZ, bei der es um die Erhöhung des Projektierungskredites für den Umbau ging (die Hauptweisung zu diesem Zentrum liegt beim Finanzdepartement). So brachte Thomas Schwendener in einer bewundernswürdigen Fleissarbeit rund achtmal den Minutenzeiger in Vollumdrehung über die Runde, um dem Rat ohne Widerspruch die allseitig gutgeheissene Weisung zu erläutern.

Das Heil der Velolobby …

Erwartungsgemäss heillos war es um das obendrein noch als dringlich hochgejubelte SP-Postulat bestellt, mit dem das Fahrverbot auf der Stadelhoferstrasse in Richtung einer Begegnungszone und zugunsten der Velolobby geändert werden sollte. **Kurt Hüssy** vertrat als Hauptredner der SVP die Ablehnung und spottete, dass die Vorstellung einer Begegnungs- und Flaniermeile «oh ist das süess» sei. Es habe aber am Stadelhoferplatz nicht nur Bänke zum Kiffen und einen Bahnhof zum Herumhängen und Leute anzupöbeln, sondern auch Gewerbe, so Restaurants und Bars, Sprachschulen, Bibliotheken, Ärzte, Juristen, Anwälte, Fotolabors und Ateliers, ein Reisebüro, eine Bäckerei, ein Architekturbüro, Buchhandlungen, einen Schuhladen, eine Galerie, eine Autovermietung, einen Brillenladen, eine Bijouterie – und alle seien darauf angewiesen, jederzeit beliefert werden zu können. Man könnte nur wenige Meter weiter am See flanieren und das Leben geniessen, ohne es jenen schwer zu machen, die arbeiten. **Bruno Amacker**, (SVP), derzeitiger Präsident der Verkehrskommission, verwies darauf, dass man die Strassen von Anfang an richtig bauen müsse und **Thomas Schwendener** wusste seine Empörung kundzutun, wie er vor der Ratssitzung fast von einem Velofahrer auf dem Limmatquai angefahren worden sei, den man wohl als Raser bezeichnen müsste. Der Schreibende verzichtete daraufhin auf sein Votum, hatte er dem Rat doch schon früher berichtet, wie es wirklich ist, von Radfahrern wiederholt in vollem Tempo auf dem Trottoir an- und umgefahren zu werden.

… und der dargebotenen Hand

Guido Bergmeier (SVP) nahm zu einem EVP-Postulat Stellung, das eine Polysporthalle in Zürich-Nord anregte. Die Begründung für den Vorstoss sei sympathisch und in Anlehnung an die offene Rennbahn in Oerlikon auch begründet. So kam es denn zu einem Textänderungsantrag, gemäss dem ein solches Projekt überall, ausser auf der historischen offenen Rennbahn errichtet werden könnte. **Mauro Tuena** (SVP) doppelte noch nach und meinte, man biete hier Hand für eine Unterstützung; doch die EVP wollte sie nicht ergreifen, da für sie die Rennbahn offenbar nicht schutzwürdig ist. Das war dann eben das Ende des Ansinnens.

Es war eine sehr technische Motion aus dem Finanzdepartement, mit der **Roger Liebi** und **Martin Burger** (beide SVP) die Aufhebung von Veräusserungsbeschränkungen bei städtischen Liegenschaften fordern. Der Erstunterzeichner untermauerte in einem mit Zahlen gespickten ausführlichen Votum, wie die Stadt hier besser gefahren wäre. Auch die beiden RPK-Mitglieder der SVP, **Monika Erfigen** und **Theo Hauri,** sekundierten – aber ohne Aussicht auf Erfolg.

Und bei SP-Vorstössen zu Leistungs- und Lohnvereinbarungen schliesslich legte sich **Roger Bartholdi** (SVP) mit dem Finanzvorstand von der FDP an, da ihm dieser zu links argumentierte. Und das wars dann wieder einmal gewesen, der Ratsabend war gelaufen.

KOMMENTAR ZUM ABSTIMMUNGSRESULTAT

Mogelpackung angenommen

Mit der Annahme der Verankerung der Nachhaltigkeit und der 2000-Watt-Gesellschaft in der Verfassung geht die Stadt Zürich ein waghalsiges Experiment ein. Gleichzeitig mit der drohenden Stromlücke ab 2018 gibt sie die Option Kernenergie ohne Not aus der Hand und entsolidarisiert sich so vom Kanton Zürich und der übrigen Schweiz.

MARTIN ARNOLD KANTONSRAT SVP OBERRIEDEN

Klimaschutz und Energiebeschaffung enden nicht an der Stadtgrenze. Nur gemeinsam mit dem Kanton und der übrigen Schweiz sind nachhaltige Lösungen in diesem Bereich möglich. Unter dem verführerischen und harmlosen Titel «Verankerung der Nachhaltigkeit und der 2000-Watt-Gesellschaft» haben die Stadtväter und -mütter eine Vorlage durchgebracht, welche faktisch das Parteiprogramm der Grünen in der Gemeindeordnung festschreibt. Mindestens so formulierte es der grüne Zürcher Gemeinderat Daniel Leupi. Die Stadt Zürich wird damit zum energiepolitischen Sonderfall.

Schlechte Karten bei Verhandlungen

Die unrealistische Vorlage wird in den kommenden Jahren – zusätzlich zu den konjunkturellen Faktoren – preistreibend wirken und den Wirtschaftsstandort Zürich schwächen. Die Stadt Zürich wird sich zunehmend gegen die Allmacht eines europäisch funktionierenden Marktes zu wehren und zu bewähren haben, weil sie freiwillig auf Bezugsrechte und Beteiligungen verzichtet. Kernenergie, die den Strom in der Stadt Zürich heute günstig macht und wichtige Projekte für erneuerbare Energien ermöglicht hat, wird schrittweise wegfallen und als Konsequenz werden sich die Strompreise in der Stadt massiv erhöhen. Ein weiterer Fakt ist, dass Zürich bei der Verhandlung über die Wasserbezugsrechte zur Speisung ihrer Wasserkraftwerke definitiv über schlechte Karten verfügen wird. Die Stadt wird in den Verhandlungen gar keine andere Wahl haben, als dem Diktat der Bündner Gemeinden zu folgen. Die Zeche werden die Stadtzürcher bezahlen müssen.

Wohlstand unnötig gefährden

Aus dem Energieplanungsbericht des Kantons Zürich lässt sich ableiten, mit welchen Kosten aus dieser Vorlage zu rechnen ist: Allein die Rückkehr zu einem CO_2-Verbrauch von 1 Tonne pro Kopf würde in der Schweiz zu nicht amortisierbaren Mehrkosten von jährlich durchschnittlich rund 3,7 Mrd. Franken führen, ab sofort bis 2050. Alle Szenarien des Berichts prognostizieren zudem Lücken in der Selbstversorgung mit Elektrizität für 2050.

Es bleibt zu hoffen, dass der Kanton Zürich, der eine realistische Sicht der künftigen Stromversorgungssicherheit und -autonomie hat, den richtigen Weg zeigt und korrigierend einwirkt. Denn aufgrund der Annahme dieser Vorlage, die einem Blankoscheck entspricht, dürften zusätzliche, überrissene Begehrlichkeiten zu erwarten sein. Es kann dem Kanton Zürich nicht gleichgültig sein, wenn sich seine Hauptstadt ohne Zwang auf Risiken einlässt, die den Wirtschaftsstandort und unseren ganzen Wohlstand gefährden.

STADTRATS-ERSATZWAHL VOM 8. FEBRUAR 2009

Findungskommission nominiert Roger Liebi

SVP Stadt Zürich. Am Montag, 1. Dezember 2008, präsentierte Stadtparteipräsident Rolf A. Siegenthaler Gemeinderat Roger Liebi als Kandidat von Findungskommission und Geschäftsleitung der SVP für die anstehende Stadtrats-Ersatzwahl. Der Vorschlag für die Kandidatur Roger Liebi wird der Delegiertenversammlung unterbreitet, die abschliessend über die Nomination entscheiden wird.

In mehreren Vorgesprächen zwischen SVP, FDP und CVP wurde sondiert, ob allenfalls beim Wahlgang vom 8. Februar 2009 eine gegenseitige Unterstützung zwischen den bürgerlichen Parteien möglich wäre. Diese Gespräche wurden geführt im Hinblick darauf, dass die Unterstützung im aktuellen Wahlkampf die bürgerlichen Kräfte gesamthaft stärken könnte. Die CVP braucht Unterstützung für die Wahl ihres Statthalter-Kandidaten, dem ein Bewerber der SP gegenübersteht. Die FDP braucht bürgerliche Stimmen für ihre Stadtpräsidiums-Kandidatin, weil die SP mit einer eigenen Kandidatin antritt und der FDP keinen Sukkurs geben wird. Die SVP schliesslich hätte mit der bürgerlichen Unterstützung die Chance, dass der im Hinblick auf die Wähleranteile begründete, längst fällige Einzug in den Stadtrat Realität würde.

Damit den SVP-Delegierten für die Meinungsbildung zur Nomination auch die Stellungnahmen der bürgerlichen Parteien FDP und CVP über eine allfällige Unterstützung bekannt sind, wurde das Datum für die ausserordentliche Delegiertenversammlung der SVP Stadt Zürich wie folgt festgelegt:

Donnerstag, 18. Dezember 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikonerstr.279, 8053 Zürich-Witikon.

Einladung

zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich

Donnerstag, 18. Dezember 2008, 20.00 Uhr

Restaurant Elefant, Witikonerstrasse 279, 8053 Zürich-Witikon, Telefon 044 381 70 66

(Tram Nrn. 3, 8, 15 bis Klusplatz, dann weiter mit Bus bis Zentrum Witikon / PP vorhanden)

Traktanden

1. Begrüssung/Mitteilungen
2. Nomination für die Ersatzwahl in den Zürcher Stadtrat vom 8. Februar 2009
3. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüssen
SVP der Stadt Zürich

Kantonsrat Rolf André Siegenthaler, Parteipräsident

SCHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Handgemachte Geschenke zur Geburt, Hochzeit, Jubiläum oder einfach für sich. **www.kreativ-geschaenkli.ch**

Bea-Punkte, 1000 Punkte à Fr. –.90. Frau M. Strub, 8004 Zürich, E-Mail: viareine@yahoo.de.

Einbaubackofen V-Zug combair S, braun mit Schublade; **V-Zug, Glaskeramik** 50 x 70 cm. Fam. Keller, Zil, 8164 Bachs, Tel. 044 858 00 57.

Futtergetreidemühle mit Mischtanks, Fr. 1500.–; **Heurüstmaschine Lanker,** Handmodell, Fr. 500.–, Tel. 079 312 23 14.

Neue Gefriertruhe, 368 l, 160 cm breit, E-Klasse A+, nur Fr. 890.– (statt 1510.–), 2 Jahre Garantie, Telefon 055 251 41 00.

Die letzten 2 neuen **Combi Steam Backöfen ELECTROLUX** zum alten Preis à nur Fr. 2690.– (statt 5230.–), 2 Jahre Garantie. ELECTRA AG, 8632 Tann, 055 251 41 00, bitte Daniel oder Walter Suremann verlangen, Tel. 055 251 41 00.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung! Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei. **Tel. 044 822 26 11.**

Lager-Halle ab 100 m². Natel 079 405 88 58 (8–21 Uhr).

GESUCHT

Achtung! Haben Sie ungebrauchte Velos im Keller (noch fahrbar), hole sie gratis ab. Tel. 079 667 79 82.

Scheune oder Grundstück für kleines Baugeschäft als Magazin. Telefon 052 222 10 80.

Advents-/Christbäume selber schneiden

Samstage: 13. und 20. Dezember 2008, 9.00–15.30 Uhr. Ort: Strasse Kollbrunn-Elgg, zirka 800 m Ausgang Waltenstein.

Tel. 044 750 18 78

Wir suchen **Stapler,** egal Benzin- der Diesel sowie **Bagger**; div. **Baumaschinen**. Gute Bezahlung! Wird sofort abgeholt. **Tel. 079 620 01 83**.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

ZU VERMIETEN

Im Hirzel auf Bauernhof, per 1.4.08: neu renovierter **4,5-Zimmer-Hausteil.** Möglichkeit zu Mithilfe auf Betrieb (Stallablösung). Tel. 044 729 98 29.

IMMOBILIEN

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio.** Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

PACHT

Suche zirka **2500 m² Grünfläche** zum Pachten für Hundeschule im Raum Zürich-Unterland. Tel. 079 580 34 42.

Suche abgelegenes Land für permanente Motocross-Piste. Unwegsames Gelände willkommen. Tel. 079 387 07 72.

STELLEN

Maschinenring sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 251 41 41.

Gesucht **pens. Mechaniker, Schlosser** oder ähnliches für stundenweise Einsätze. Fahrbewilligung B, Raum Winterthur. Tel. 052 213 76 86.

Aussendienstmitarbeiter/in in Beratertätigkeit gesucht (kein Verkauf). Kontakt: Tel. 052 315 47 02 / 079 285 68 01.

Gesucht: **Landwirtschaftsland** u./o. **Landwirtschaftsbetrieb,** Kauf oder Pacht zu Höchstpreisen, Landparzellen mind. 150 a, für Gemüsebau geeignet, Region Weinland/Thurtal/Bodensee.

Kontakt:

Walter Jucker
Landwirtschaftliche Beratungen
Wallikerstrasse 81, 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 044 950 08 42, www.juckerberatung.ch

FREIZEIT/KONTAKTE

Kleiner Business-Club in Glattbrugg mit guter Infrastruktur, Büro, Konferenzraum, Bar, Sauna, Parkplätze, sucht Mitglieder. Natel 078 833 62 17.

REISEN

Single-Reisen, Events- und Ausflüge! Infos unter www.single-reisen.ch oder Tel. G. 043 843 74 77.

DIVERSES

Gehen Sie ins Altersheim? Wohnungsräumungen gratis oder Kauf des gesamten Inventars. Tel. 079 667 79 82.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐

Anzahl der Erscheinungen ____ mal
Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

Die Profis vom Land
Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
▸ Gewerbe ▸ Bau
▸ Industrie ▸ Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
▸ Tel. 055 240 41 41 ▸ info@mrzo.ch
Maschinenring

BLUM Gipsergeschäft **GmbH**
Aussenisolation
Alte Schaffhauserstrasse 6
8413 Neftenbach
Tel. 052 301 03 06, Fax 052 222 80 91

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 10. Dezember 2008:**

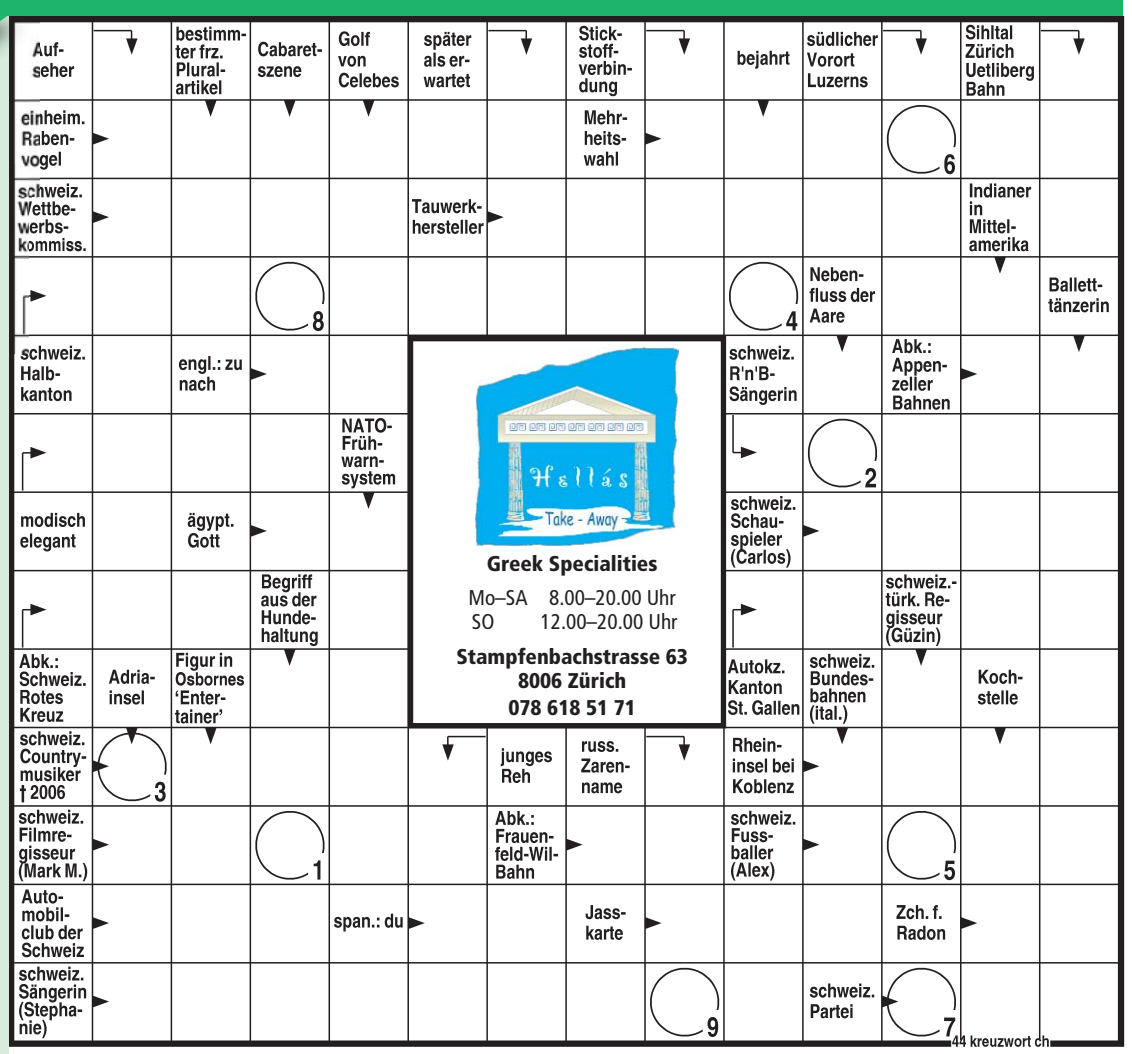
Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 46/08
Lösungswort: Sperber

Gewinner: S. Kobel, Pfäffikon

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7	8	9

Lösungswort Woche 49/08

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 8. Dezember 2008, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Schmiden.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeweils am ersten Montag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Horgen / Rüschlikon
Der Barometer findet jeweils am ersten Donnerstag im Monat von 17.30 bis 19.00 Uhr, Restaurant «Tracht», statt.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Uster / Volketswil
Jeweils am ersten Donnerstag im Monat, ab 18.00 Uhr, Restaurant Wallberg, Volketswil, am «Runden Tisch».

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Elgg
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 7
Jeden letzten Donnerstag im Monat (ohne Juli und Dezember), ab 17.30 bis 18.30 Uhr, Restaurant Burgwies, Forchstrasse 271, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Stadt Zürich / Kreis 9
Freitag, 5. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Schützenstube Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlausfeier.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Montag, 26. Januar 2009, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich Vorankündigungen:
Donnerstag, 22. Januar 2009, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Podiumsdiskussion «Die Schweiz im EU-Diktat». Teilnehmer: Nationalrätin Anita Thanei, Rechtsanwältin, lic. iur. (SP); Nationalrat Daniel Jositsch, Professor für Strafrecht (SP); Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer AUNS (SVP) und Nationalrat Lukas Reimann (SVP). Weitere Angaben folgen.

Donnerstag, 12. März 2009, Stadt Winterthur, SVP-Frauen Kanton Zürich/SVP-Frauen Winterthur zusammen mit **SIFA – Sicherheit für alle** (http://www.sifa-schweiz.ch, http://svpfrauen.ch), Veranstaltung.

Montag, 11. Mai 2009, im Bezirk Meilen, SVP-Frauen Kanton Zürich/SVP-Frauen Bezirk Meilen, Veranstaltung mit der Verkehrskommission der SVP Kanton Zürich.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Montag, 8. Dezember 2008, 22.50 Uhr, SF1, Film «Disziplin in der Schule im Wandel der Zeit», u.a. mit Nationalrat Hans Fehr und a. Regierungsrat Alfred Gilgen.

Dienstag, 13. Januar 2009, 19.00 Uhr, Hotel Wartmann, Winterthur, Podiumsveranstaltung zum Thema «Personenfreizügigkeit». Podiumsteilnehmer: Pro: Nationalrätin Jacqueline Fehr (SP) und Nationalrat Markus Hutter (FDP). Contra: Dr. Ulrich Schlüer (SVP) und Gemeinderätin Jacqueline Hofer (SVP). Moderation: Felix Reich, Redaktor Landbote.

Donnerstag, 15. Januar 2009, 18.45–22.00 Uhr, Eispark Uetikon (www.eispark-uetikon.ch), auf dem Schulhausplatz an der Bergstrasse, Skateathon zu Gunsten der Kinder-Spitex Kanton Zürich (www.kinderspitex-zuerich.ch). Schlittschuhe werden selbst mitgebracht oder können vor Ort für 5 Franken gemietet werden. Alle Teilnehmer sind ab 19.00 Uhr ganz herzlich zu einer Gerstensuppe mit Wurst und Brot ins Restaurant Schliifi, direkt neben dem Eisfeld, eingeladen. Für Fragen wenden Sie sich bitte an Hans-Peter Amrein, Natel 079 657 44 56 (hpamrein@bluewin.ch); Fabian Krek, Natel 079 399 04 63 (fabian@krek.ch) oder Alain Schreiner, Natel 079 743 32 63 (alain.schreiner@jfbm.ch). Organisation: Jungparteien von FDP und SVP Bezirk Meilen.

SVP Uri
Freitag, 5. Dezember 2008, 18.30 Uhr, Rollhockey-Halle, Dorfstrasse 117, Seedorf UR, Veranstaltung «10 Jahre SVP Uri».

Programm:

18.30 Uhr: Eintreffen der Gäste/Apéro/Echo vom Tödi.

19.30 Uhr: Begrüssung und Worte von Tino Gisler, OK-Co-Präsident und Gusti Planzer, Präsident SVP Uri.

19.45 Uhr: Wort des Präsidenten der SVP Schweiz, Nationalrat Toni Brunner.

20.00 Uhr: Nachtessen, musikalisch umrahmt vom Echo vom Tödi.

21.30 Uhr: Festansprache durch Dr. Christoph Blocher, abgewählter Bundesrat.

22.15 Uhr: Kaffee, Dessert und musikalische Unterhaltung vom Echo vom Tödi.

23.00 Uhr: Unterhaltung mit der Stimmungskanone des volkstümlichen Schlagers, Diana.

Anschliessend musikalische Unterhaltung vom Echo vom Tödi. Ab 21.00 Uhr Barbetrieb bis 04.00 Uhr. Der Eintritt ist frei. Unkostenbeitrag für Nachtessen: 18 Franken. Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung unumgänglich. Anmeldungen bitte via Internet unter www.svp-uri.ch oder Anruf an die Natelnummer 076 457 16 04 (Stefan Simmen). OK «10 Jahre SVP Uri».

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Daniela Vas (vs.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.), Hans Fehr (fe.)

Redaktion:
«Zürcher Bauer»
Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich
Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32
bauernverband@zbv.ch, PC 80-1718-7

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Eidg. Volksabstimmung vom 8. Februar 2009

Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit

Informationsabende / Referentenschulung der SVP Schweiz
für Parteimitglieder, Gemeinde-, Kantons- und Nationalräte sowie alle interessierten Personen

Luzern

Datum:	Montag, **22. Dezember 2008**
Zeit:	19.30 Uhr bis 21.30 Uhr
Ort:	Bahnhof Luzern, Sitzungszimmer 1.Stock, 6002 Luzern
Referenten:	Nationalrätin Yvette Estermann / Nationalrat Pirmin Schwander

St. Gallen

Datum:	Dienstag, **23. Dezember 2008**
Zeit:	19.30 Uhr bis 21.30 Uhr
Ort:	Pfalzkeller, Schulungsraum, 9000 St. Gallen
Referenten:	Nationalrat Lukas Reimann / Nationalrat Pirmin Schwander

Olten

Datum:	Samstag, **3. Januar 2009**
Zeit:	9.00 Uhr bis 11.00 Uhr
Ort:	Bahnhofbuffet Olten, Bahnhof, 4600 Olten
Referenten:	Nationalrat Walter Wobmann / Nationalrat Pirmin Schwander

Zürich

Datum:	Montag, **5. Januar 2009**
Zeit:	19.30 Uhr bis 21.30 Uhr
Ort:	Cevi Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, 8021 Zürich (Saal London)
Referenten:	Nationalrat Ernst Schibli / Nationalrat Pirmin Schwander

Basel

Datum:	Dienstag, **6. Januar 2009**
Zeit:	19.30 Uhr bis 21.30 Uhr
Ort:	Hotel Victoria, Centralbahnplatz 3–4, 4051 Basel
Referent:	Nationalrat Pirmin Schwander

Yverdon-les-Bains

Datum:	Mittwoch, **7. Januar 2009**
Zeit:	19.30 Uhr bis 21.30 Uhr
Ort:	Hôtel La Prairie, Avenue des Bains 9, 1400 Yverdon-les-Bains
Referenten:	Nationalrat Yvan Perrin / Nationalrat Pirmin Schwander

❑ Ich nehme an der Schulung in _____ teil.

❑ Ich nehme _____ Begleitpersonen mit.

Name: _____

Adresse: _____

Anmeldung bitte bis zum 20. Dezember 2008 an

Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, Telefax 031 300 58 59, E-Mai: lang@svp.ch

Bestellschein Glückwünsche 2009

Erscheinungsdatum 19.12.08
Anzeigenschluss 15.12.08

Feld 5 Grösse: 4-sp/50/200 mm
❑ Normalauflage, Fr. 178.–

Feld 4 Grösse: 2-sp/100/200 mm
❑ Normalauflage, Fr. 178.–

Feld 3 Grösse: 2-sp/75/150 mm
❑ Normalauflage, Fr. 133.50

Feld 2 Grösse: 2-sp/50/100 mm
❑ Normalauflage, Fr. 89.–

Feld 1 Grösse: 2-sp/25/50 mm
❑ Normalauflage, Fr. 44.50

Druckunterlagen ❑ folgen ❑ beiliegend ❑ besitzen Sie ❑ wie letztes Jahr

Auftraggeber/Firma

Strasse PLZ/Ort

Herr/Frau E-Mail

Telefon Fax

Datum Unterschrift

Bitte einsenden an:
Zürcher Bote/Zürcher Bauer, Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
inserate@zuercher-bote.ch oder inserate@zuercher-bauer.ch